

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 906/2018 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2019 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 9 „Finanzwirtschaft“,
betreffend die Landesumlage**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 2/930005/8504/700 „Zahlungen von Gemeinden“ im Teilabschnitt 2/93000 „Landesumlage“ veranschlagte Betrag von 117.600.000 Euro wird auf 105.212.100 Euro gesenkt.
2. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2019 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 12.387.900 Euro.

Begründung

Die Transferbilanz zwischen dem Land Oberösterreich und den oberösterreichischen Gemeinden zeigt einen hohen dreistelligen Millionen-Eurobetrag zu Lasten der Gemeinden. Laut Landesrechnungshofbericht über den Rechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 2017 hat sich der Transfersaldo zu Lasten der Gemeinden und Städte von € 192,6 Mio. im Jahr 2015, auf € 240,7 Mio. (+ 25 %) im Jahr 2016 und auf € 322,2 Mio. (+ 34 %) im Jahr 2017 vergrößert. In keinem anderen Bundesland Österreichs müssen die Gemeinden so viel Geld an das Land zahlen wie in Oberösterreich, stellte das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) wiederholt fest.

Diese bedenkliche und für die Gemeinden belastende Schieflage soll durch diese Senkung in einem ersten Schritt abgemildert werden. Hingewiesen werden darf in diesem Zusammenhang auch auf den bereits eingebrachten Initiativantrag betreffend die Senkung der Landesumlage.

Ein Teil des von Landeshauptmann Mag. Stelzer verkündeten Budgeterfolgs von 90 Millionen Euro, soll auch den Oö. Gemeinden zu Gute kommen. Dadurch gewinnt der Landeshaushalt an sozialer Handschrift.

Linz, am 30. November 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Bauer, Binder, Krenn, Lindner, Makor, Müllner, Peutlberger-Naderer, Promberger,
Rippl, Schaller, Weichsler-Hauer**